

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 28. Mai 2015

## Standards der Inklusion

Mit Beginn des Schuljahrs 2014/2015 gilt in NRW ein Rechtsanspruch auf gemeinsames Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder. Gestritten wurde jetzt über die Umsetzung der schulischen Inklusion. S. 3

## Alltag in Israel

Vor 50 Jahren nahm die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen mit dem Staat Israel auf. Anlass für den Landtag, sich mit den heutigen Beziehungen zu beschäftigen. S. 6-7

## Symbole an Schulen

Um Neutralität zu gewährleisten, hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Kopftuchs an Schulen gekippt – solange der Schulfrieden gewahrt bleibt. Der Landtag berät über die Umsetzung des Urteils. S. 9-11

## Jugend im Landtag

Einen Zugang zur Politik will das Parlament den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugend-Landtags bieten. Landtag Intern sprach mit der Jugend-Präsidentin von 2014 über ihre Erfahrungen. S. 14-15



## Kopftuch und Schulfrieden

### Gerichtsurteil löst Debatte aus

# Irritationen ums Kopftuch

Ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts sorgt in Nordrhein-Westfalen derzeit für Diskussionsstoff. Bislang galt in Schulen das Kopftuchverbot, es stützte sich auf Paragraph 57 des NRW-Schulgesetzes. Der Paragraph verpflichtet Lehrerinnen und Lehrer u.a. zu politischer und religiöser Neutralität, gesteht christlichen Werten aber eine Sonderrolle zu. Das gehe so nicht, meinten die Richter. Das Tragen eines Kopftuches dürfe nur dann untersagt werden, wenn der Schulfrieden bedroht sei.

Wann aber ist der Schulfrieden bedroht? Diese Frage stellen vor allem Eltern- und Lehrerverbände. Sie fordern Rechtssicherheit und landeseinheitliche Regelungen, wie in einer Experten-Anhörung im Schulausschuss deutlich wurde. Keinesfalls dürften Schulen bei Konflikten alleine gelassen werden, hieß es. Grundlage der Anhörung war ein Gesetzentwurf von SPD, GRÜNEN und CDU (Seite 9). Die Positionen der im Landtag vertretenen Fraktionen lesen Sie in „Schlag auf Schlag“ auf den Seiten 10 und 11.

Ein weiteres Thema: Jugend und Politik. 237 junge Leute werden beim Jugend-Landtag im Juni wieder auf den Plätzen der Abgeordneten

sitzen und drei Tage lang beraten, debattieren und beschließen. Charlotte Volkenhoff (19) aus Bochum war im vergangenen Jahr als Präsidentin dabei und berichtet im Interview von ihren Erlebnissen. Der Jugend-Landtag sei eine tolle Erfahrung gewesen, sagt sie. Ihr Tipp: bewerben und mitmachen (Seiten 14 und 15).

## Berührende Begegnungen

„50 Jahre deutsch-israelische diplomatische Beziehungen“ stehen am 1. Juni 2015 im Mittelpunkt einer gemeinsamen Festveranstaltung von Landtag und Landesregierung. Zudem wollen sich an diesem Tag im Landtag mehr als 250 Jugendliche in Workshops und Seminaren mit dem Alltag in Israel beschäftigen. Unter ihnen werden auch Schülerinnen und Schüler des Theodor-Fliegener-Gymnasiums aus Düsseldorf-Kaiserswerth sein. Das TFG pflegt seit 45 Jahren einen Austausch mit einer Schule in Yifat in Nordgaliläa. In Landtag Intern berichten die jungen Leute von berührenden Begegnungen in Deutschland und Israel. Man sei sich sehr ähnlich, sagen die TFG-Schüler (Seiten 6 und 7). zab



## Titelthema: Debatte um Schulfrieden

<a href="#">Kopftuch im Unterricht sorgt für Kopfzerbrechen</a> .....	9
<a href="#">Schlag auf Schlag</a> .....	10-11

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf  
**Redaktion (Red):** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de  
**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).  
Redaktionsschluss: 21.5.2015, 12.00 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
**Auflage:** 30.000  
**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de  
**Herstellung und Versand:**  
Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG  
**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)  
Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.  
[Weitere Hinweise](#)



www.landtagintern.de

# Inhalt

## Aus dem Plenum

<a href="#">Inklusion: Alarm oder Alarmismus?</a> .....	3
<a href="#">Meldungen</a> .....	4
<a href="#">Baustelle Brücke</a> .....	5

## Forum

<a href="#">„Ich habe in diesem Moment Gemeinschaft gefühlt“</a> .....	6-7
--	-----

## Gesetzgebung

.....	8
-------	---

## Aus den Ausschüssen

<a href="#">Meldungen</a> .....	12-13
---------------------------------	-------

## Forum

<a href="#">Für den Landtag kandidieren? „Auf jeden Fall!“</a> .....	14-15
--	-------

## Aus den Fraktionen

.....	16-17
-------	-------

## Forum

<a href="#">Vest der Vielfalt</a> .....	18
<a href="#">Persönlich: Georg Fortmeier (SPD)</a> .....	19
<a href="#">FC Landtag beim Tschutten</a> .....	19
<a href="#">Kurz notiert</a> .....	20
<a href="#">Landesverfassung wird 65</a> .....	20

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Fotos: Schälte



Renate Hendricks (SPD)



Klaus Kaiser (CDU)



Sigrid Beer (GRÜNE)



Monika Pieper (PIRATEN)



Yvonne Gebauer (FDP)

## Alarm oder Alarmismus?

### Regierung und Opposition streiten über Umsetzung der Inklusion in NRW

Als nicht ausreichend bezeichneten die drei Oppositionsfraktionen die Ressourcen zur Umsetzung der schulischen Inklusion, also des gemeinsamen Lernens behinderter und nicht behinderter Kinder. Sie verwiesen auf entsprechende Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). Landesregierung und Regierungsfaktionen wiesen die Kritik als nicht begründet zurück.

Die Debatte erfolgte auf Antrag der FDP ([Drs. 16/8703](#)). Für Kinder, die seit dem Schuljahr 2014/2015 die Klasse 5 einer weiterführenden Schule besuchen, gilt aufgrund eines [Gesetzes](#) vom 5.11.2013 das Recht auf gemeinsames Lernen in einer allgemeinbildenden Schule.

Flächendeckend finde ein Qualitätsabbau in der sonderpädagogischen Förderung statt, kritisierte [Yvonne Gebauer](#) (FDP) die Umsetzung der schulischen Inklusion in NRW. Schreiben von Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern, Fachverbänden und Kommunen belegten, dass die derzeitigen Inklusionsbedingungen völlig unzulänglich seien. Dies werde maßgeblich durch fehlende Lehrerstellen sowie durch fehlende Fortbildung der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer verursacht. Es würden auch nicht 3.200 Stellen neu geschaffen, sondern diese nur umgeschichtet. Ohne ausreichendes sonderpädagogisches Fachpersonal sei aber Inklusion an den Schulen nicht möglich.

Der VBE versuche mit Verweis auf die Studie lediglich, seine Forderung nach mehr Lehrerstellen zu untermauern, entgegnete [Renate Hendricks](#) (SPD). Außerdem sei die Studie bundesweit angelegt; belastbare Aussagen für NRW könnten daraus nicht gezogen werden. Richtig sei dagegen, dass NRW die Inklusion behutsam umsetze. Es gebe auch keine Schließungswelle an Förderschulen. Allerdings müssten systematisch sonderpädagogische Strukturen an den allgemeinbildenden Schulen aufgebaut und gleichzeitig trennende Strukturen wie separate Förderschulen abgebaut werden. Eine Doppelbesetzung im Unterricht hielt Hendricks nur übergangsweise für erforderlich.

### Unterstützung notwendig

„So fahren Sie die Inklusion an die Wand“, befürchtete [Klaus Kaiser](#) (CDU). Die Kinder würden zu Versuchskaninchen. Dabei gebe es bei den Lehrerinnen und Lehrern eine große Bereitschaft, die Inklusion umzusetzen. Allerdings fühlten diese sich nicht wertgeschätzt und zu häufig alleingelassen. Kaiser hob die Bedeutung kleinerer Klassen für die Betreuung von Kindern mit sozialen und emotionalen Beeinträchtigungen hervor und forderte eine

ausreichende sonderpädagogische Begleitung. Die Landesregierung müsse Qualitätsstandards festlegen und einhalten. Stattdessen zerstöre sie über den Mindestgrößenerlass die bestehende Förderschullandschaft.

„Sie reden das Land schlecht“, warf [Sigrid Beer](#) (GRÜNE) der FDP unbegründeten „Alarmismus“ vor. Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb habe die rot-grüne Landesregierung 1 Milliarde Euro in den Inklusionsprozess investiert und zum Beispiel 3.200 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen sowie 100 Millionen Euro für Aus- und Weiterbildung zur Verfügung gestellt. Für die Unterstützung der Schulträger sowie den Aufbau von multiprofessionellen Unterstützungsstrukturen habe man 175 Millionen Euro vorgesehen. Daher sei es „Unfug“, von einer überstürzten Umsetzung zu reden. Inklusion sei kein Zustand, sondern ein Prozess, der behutsam gesteuert werden müsse.

Aufgrund mangelnder Qualität und steigender Unzufriedenheit könnte die Inklusion möglicherweise grundsätzlich infrage gestellt werden, meinte [Monika Pieper](#) (PIRATEN). Eine der elementaren Voraussetzungen, die Doppel-

besetzung der Klassen mit inklusivem Unterricht, werde kaum erfüllt. Und wenn überhaupt, dann nur in Hauptfächern. Dies bedeute erstens eine schleichende Abwertung von Nebenfächern. Zweitens liefen die Lehrerinnen und Lehrer „auf dem Zahnfleisch“. Des Weiteren gebe es zu große Klassen, zu wenig Test- und Diagnoseverfahren, zu wenig Differenzierungsräume. Ihr Fazit: Die notwendige Förderung der Kinder sei nicht mehr gewährleistet.

Als „Stimmungsmache“ wertete Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) die Haltung von CDU und FDP. Dies werde der engagierten Arbeit an den Schulen nicht gerecht. Die Aussagen der VBE-Studie zeigten, dass der Weg zur Inklusion weit sei. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stehe allerdings nicht zur Disposition. Im Ländervergleich könne die Förderung in NRW sich sehen lassen; so stelle die Landesregierung den Kommunen fünf Jahre lang jährlich 35 Millionen Euro zum Ausbau der Inklusion zur Verfügung. Eine erste Auswertung zeige, dass dies ausreiche. Das Tempo des Ausbaus folge dabei dem Willen der Eltern.

cw





## Nachtragshaushalt eingebracht

20.5.2015 – Mit einem Nachtragshaushalt ([Drs.16/8650](#)) will die Landesregierung zusätzliche Mittel für Flüchtlinge und Kommunen bereitstellen. Das Zahlenwerk wurde in der Plenarwoche in den Landtag eingebracht und an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Während die angestrebten Ziele von allen Fraktionen grundsätzlich begrüßt wurden, gingen die Meinungen über die Art und Weise auseinander. Die Kritik der Opposition richtete sich insbesondere daran, dass notwendige Mittel für Asylbewerber nur dank zusätzlicher Steuereinnahmen finanziert werden können.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, [Dr. Marcus Optendrenk](#), warf der Landesregierung vor, dass bei einem Haushaltsvolumen von 65 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen nötig seien, um auf die steigenden Flüchtlingszahlen zu reagieren – anstatt die Mittel durch Umschichtungen im Etat verfügbar zu machen. FDP-Haushaltsexperte [Ralf Witzel](#) nannte es „bedenklich“, dass das Land bei der Bewältigung wichtiger Aufgaben von sprudelnden Steuermehreinnahmen abhängig sei. Um eine „dauerhaft auskömmliche Finanzierung“ sicherzustellen, seien Sparmaßnahmen an anderen Stellen nötig. Die PIRATEN kritisierten fehlenden Weitblick. Die zusätzlichen Mittel hätten schon früher bereitgestellt werden müssen, sagte [Dietmar Schulz](#).

[Stefan Zimkeit](#), finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hob vier Schwerpunkte des 211 Millionen Euro schweren zusätzlichen Etats hervor. So würden mit 674 neuen Lehrerstellen die Voraussetzungen für einen angemessenen Unterricht junger Flüchtlinge geschaffen. Zudem gebe es Geld für Personal und Baumaßnahmen in Flüchtlingsheimen. Eine Co-Finanzierung von EU-Projekten werde ebenso beschlossen wie eine Durchleitung von Bundesmitteln des Investitionsprogramms an die Kommunen. Der grüne Haushaltsexperte [Martin Sebastian Abel](#) machte deutlich, dass das Land mit den zusätzlichen Mitteln für Flüchtlinge in Vorleistung

gehe. „Jetzt ist auch der Bund in der Pflicht, seine Hausaufgaben zu machen“, sagte er.

## Landtag für Hilfsfonds

21.5.2015 – Wer zwischen 1949 und 1990 in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie Unrecht und Misshandlungen erlitten hat, soll dafür entschädigt werden. Das fordert der Landtag. Die Landesregierung soll sich für die Einrichtung eines Hilfsfonds einsetzen, so der Beschluss im Plenum. Grundlage war ein gemeinsamer [Antrag](#) von SPD, GRÜNEN, CDU, FDP und PIRATEN. Für die Betroffenen solle dieselbe Regelung gelten wie für ehemalige Heimkinder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Für sie existiere ein entsprechender Fonds bereits. Die Bundesländer hätten bekräftigt, eine Gleichbehandlung anzustreben. Sie scheiterte aktuell aber an einer Einigung über die Finanzierung durch Bund, Länder und Kirchen.

## Enquetekommission Handwerk

20.5.2015 – Auf [Antrag](#) der FDP-Fraktion hat der Landtag einstimmig die Einsetzung einer Enquetekommission zur „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in NRW“ beschlossen. Das Gremium soll „Impulse zur Sicherung und Stärkung von Qualifikation und Fachkräftenachwuchs sowie Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit“ erarbeiten.

Die FDP betont, dass Handwerk und Mittelstand „tragende Säulen der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft“ seien. Die rund 200.000 Handwerksbetriebe an Rhein und Ruhr erwirtschafteten einen Umsatz von mehr als 100 Milliarden Euro und seien mit rund 1,1 Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Land. Der demografische Wandel und zahlreiche politische Weichenstellungen stellten die Branche aber vor große Herausforderungen. Enquetekommissionen dienen der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe. Ihnen können sowohl Abgeordnete als auch andere Sachverständige angehören.

## Volksinitiative „G9“

20.5.2015 – Die Volksinitiative „G9-jetzt!“ hat die Voraussetzungen für eine Befassung durch den Landtag erfüllt. Dies habe die Prüfung der Unterlagen und die Zählung der Unterstützerunterschriften ergeben, teilte **Landtagspräsidentin Carina Gödecke** den Abgeordneten in einer Unterzeichnung mit ([Drs.16/8659](#)). Das Anliegen wurde an den Schulausschuss überwiesen. Die Initiative „Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung“ hatte dem Landtag am 20. April 2015 rund 98.800 Unterschriften übergeben. Eine Volksinitiative ist laut Landesverfassung dann zulässig, wenn mindestens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben haben – das entspricht rund 66.000 Personen. Sind die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die beantragte Volksinitiative erfüllt, muss sich das Parlament mit dem Thema befassen. Die Initiatoren der Volksinitiative setzen sich dafür ein, dass das Abitur nach neun Jahren an den NRW-Gymnasien wieder zur Regel wird – mit 30 Unterrichtsstunden in der Woche. Seit 2005 gilt an der Schulform das auf acht Jahre verkürzte Abitur (G8), auch Turbo-Abitur genannt.

## Diätenerhöhung

20.5.2015 – Nach zwei Jahren ohne Erhöhung steigen die Diäten der Abgeordneten zum 1.7.2015 um 1,78 Prozent bzw. 191 Euro auf dann 10.917 Euro. Davon werden 2.152 Euro für die Altersversorgung abgezogen.

## Handschrift: Antrag abgelehnt

21.5.2015 – Der Landtag hat den [Antrag](#) von CDU und FDP abgelehnt, eine Datenerhebung zum Thema Handschrift an Grundschulen vorzunehmen. Es sollte überprüft werden, ob Kinder am Ende der 4. Klasse eine gut lesbare, verbundene Handschrift beherrschen. SPD, GRÜNE und PIRATEN hielten eine solche Erhebung nicht für erforderlich.

# Baustelle Brücke

## Aktuelle Stunde zum Sanierungsstau auf den NRW-Straßen

20. Mai 2015 – Die maroden Rheinbrücken bei Leverkusen und Duisburg sind schon lange ein Ärgernis für Autofahrer. Und der schlechte Zustand der Straßeninfrastruktur an Rhein und Ruhr insgesamt ist ein Dauerthema der Landespolitik. Nun haben Informationen von Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) zu einer Debatte im Landtag geführt: Demnach müssen langfristig alle vor 1985 errichteten Straßenbrücken auf den Prüfstand.

Das betrifft laut Groschek zwei Drittel der insgesamt 10.000 Straßenbrücken in NRW, wie der Minister auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilte. In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion sorgte das Thema für einen Schlagabtausch.

Für die CDU-Fraktion sagte **Klaus Vossemer**, es grenze an einen Skandal, dass sich die Landesregierung nach fast fünf Jahren Regierungszeit „immer noch in der Überprüfungsphase“ befinde. Wann sie in die Entscheidungsphase gehe, sei nicht abzusehen. „Verkehrspolitisch haben wir fünf verlorene Jahre hinter uns.“ Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung habe 2010 eine „Projektgruppe Brückenertüchtigung“ eingesetzt. Auf deren Vorarbeiten hätte man rechtzeitig aufbauen können. „Das aber wurde versäumt.“ Vossemer: „Die Menschen in NRW verlieren das Vertrauen in diese Landesregierung und in diesen Verkehrsminister.“

**Jochen Ott** (SPD) nannte den CDU-Vorwurf lächerlich, dass allein die rot-grüne Landesregierung Schuld an dem schlechten Zustand der Straßeninfrastruktur haben solle. Vielmehr habe Schwarz-Gelb Personal bei Straßen NRW abgebaut und den Landesbetrieb „fast vor die Wand gefahren“. Es sei dann SPD-Verkehrsminister Groschek gewesen, der das Thema Infrastruktur ganz oben auf die Agenda gesetzt habe. Bei ihm sei es „in guten Händen“. Ott rief die Opposition auf, sich hinter

dem Minister zu versammeln. Anstatt zu skandalisieren, müsse der Landtag gemeinsam dafür sorgen, dass die Infrastruktur verbessert werde.

**Christof Rasche** (FDP) sprach von einer „vernichtenden Bilanz der SPD-Verkehrspolitik in den vergangenen 40 Jahren“. Der schlechte Zustand der Straßen und Brücken sei seit langem bekannt. Bereits 2012 habe seine Fraktion einen „Masterplan Brückensanierung“ gefordert. „Darauf warten wir immer noch.“ Notwendige Planungen für Sanierungsmaßnahmen seien nicht erfolgt, die Finanzierung sei weiter unklar. Wegen Widerstands der GRÜNEN herrsche „Stillstand in der Koalition“. Rasche rief Rot-Grün zum Handeln auf. Es gehe um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, den Industriestandort und um Arbeitsplätze.

Die CDU baue einen „populistischen Popanz“ auf, sagte **Arndt Klocke** (GRÜNE). Tatsächlich sei in den 1970er- und 1980er-Jahren einiges verschlafen worden und das räche sich jetzt.

Da sei niemand ohne Schuld; die Landesregierung aber handle nun. Vorwürfe, der Zustand der Straßen und Brücken sei verschwiegen worden, ließ Klocke nicht gelten. Bereits im Januar und März habe das Verkehrsministerium im Fachausschuss ausführlich informiert. Die FDP verfare nach ihrer alten Linie: „Im Himmel ist Jahrmarkt, wir finanzieren alles.“ Das sei aber nicht möglich: „Wir können nicht alles finanzieren, sondern müssen Prioritäten setzen.“

### Von der Straße auf die Schiene

Die PIRATEN unterstützten die FDP-Forderung nach einem Masterplan, erklärte **Dietmar Schulz**. Er sprach von einer „beängstigenden Situation“ auf den NRW-Straßen und kritisierte die „Untätigkeit der Landesregierung“. Das Verkehrsministerium leiste nur „Stückwerk“, die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen sei eine „jahrzehntelange Geschichte des Versagens“ – u.a., weil keine Rücklagen gebildet worden seien. Die Menschen würden „von der miserablen Politik ausgebremst“. Schulz prophezeite ein generelles Tempolimit von 60 Kilometern pro Stunde. „Das personifizierte Tempolimit heißt Groschek“, sagte er.

**Verkehrsminister Groschek** erinnerte an das in der Vergangenheit formulierte Ziel, möglichst viele Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dabei sei jedoch versäumt worden, für eine Ertüchtigung des Bahnverkehrs zu sorgen. Man dürfe nun nicht im Zorn zurückblicken, sondern müsse investieren.

Der Kurs dabei laute: „Priorisierung und sachgerechtes Handeln“. So müssten vor allem für die Wirtschaft wichtige Autobahnbrücken funktionstüchtig bleiben und weitere planvoll abgearbeitet werden. Der Bund finanziere seine Straßen über die Pkw-Maut, dabei dürfe das Netz in NRW nicht zur Restrampe verkommen.

wib/zab



Foto: Schälte

Ein Video der Plenarsitzung finden Sie im Internet unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



# „Ich habe in diesem Moment

## Eine besondere Freundschaft

Am 12. Mai 1965 – vor 50 Jahren – nahmen Israel und Deutschland diplomatische Beziehungen auf. Nach dem Holocaust und nur 20 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs war dies alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Wichtige Meilensteine auf dem Weg dahin waren unter anderem das Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952, in dem die Bundesrepublik Verantwortung für die Folgen des Holocaust übernommen hatte, sowie das Treffen zwischen dem israelischen Premierminister David Ben-Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer: Am 14. März 1960 fand im 35. Stock des New Yorker Hotels Waldorf Astoria das historische Gespräch statt. Das Bild, das um die Welt ging, zeigte die beiden Politiker, wie sie sich die Hände reichten.

Heute sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern freundschaftlich und eng. Dies gilt auch und insbesondere für das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen, das seit Jahrzehnten einen regen Austausch mit Israel pflegt. Grund genug für Landtag und Landesregierung, am 1. Juni 2015 einen ganzen Tag lang „50 Jahre Deutsch-Israelische Diplomatische Beziehungen“ zu feiern – unter anderem mit einem Schülerprojekttag und einer großen Festveranstaltung im Plenarsaal (siehe Haupttext und Kasten Seiten 6 und 7).

## 28 Städtepartnerschaften

Nordrhein-Westfalen hat bereits seit den 1960er Jahren enge Beziehungen zu Israel geknüpft, die seitdem von allen Ministerpräsidenten des Landes und vom Landtag intensiv gepflegt worden sind. Das Land fördert unter anderem den Jugendaustausch, Schulpartnerschaften sowie wissenschaftliche Kooperationen.

Im Landtag ist es insbesondere die [Parlamentariergruppe NRW-Israel](#) unter Vorsitz von [Norbert Römer](#) (SPD), die den Kontakt hält. Sie ist die älteste Parlamentariergruppe im Landesparlament und pflegt intensive Kontakte zu Organisationen und Vereinen aus Politik, Wirtschaft und Kultur in Israel.

Alljährlich nehmen Landesparlament und Landesregierung auch mit einem gemeinsamen Informationsstand am Israeltag in Düsseldorf teil – zuletzt am 13. Mai dieses Jahres. Der Tag wird aus Anlass der israelischen Staatsgründung gefeiert.

Vor 1965 waren es insbesondere die Zivilgesellschaften in Israel und Deutschland, die den Weg zur Aussöhnung zwischen beiden Ländern nach dem Holocaust ebneten. Und auch heute sind die Kontakte eng zwischen NRW und Israel. Derzeit gibt es rund 40 Schulpartnerschaften. Seit 1998 führt das Land NRW gemeinsam mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem Programme zur Lehrerfortbildung durch. Und seit Abschluss der ersten Kooperation zwischen den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Emek Hefer 1973 ist die Zahl der Städtepartnerschaften auf 28 angewachsen. Enge Kooperationen gibt es unter anderem zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und Haifa (seit 1988), zwischen Essen und Tel Aviv (1991) und zwischen Wuppertal und Beer Sheva (1977).

In der Plenarsitzung am 21. Mai 2015 würdigte der Landtag die enge Kooperation mit Israel. Die Abgeordneten beschlossen einstimmig einen fraktionsübergreifenden [Antrag](#), in dem betont wird, dass mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen „ein neues Kapitel der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden“ begonnen habe. Diese Beziehungen seien bis heute „von Versöhnung, Solidarität, Einsatz für den Frieden und Partnerschaft geprägt“. NRW engagiere sich seit Jahrzehnten kontinuierlich für die Verständigung und die Zusammenarbeit mit Israel.

Weitere Informationen zu den Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel finden Sie unter [www.nrwisrael.de](http://www.nrwisrael.de); Informationen zum Jubiläum erhalten Sie unter [www.de50il.org/de](http://www.de50il.org/de)

Das Theodor-Fliedner-Gymnasium (TFG) pflegt seit 45 Jahren eine Partnerschaft mit der Ha'emek Hama'aravi Highschool im israelischen Yifat nahe Nazareth. Die Düsseldorfer Schule beteiligte sich auch am Israel-Seminartag am 1. Juni im Landtag.

Sie hatten Kerzen mitgebracht und Listen. Auf den Listen standen Namen. Meist nur einer oder zwei, manchmal aber auch viel mehr. Es waren die Namen von Verwandten, die den Nazi-Terror nicht überlebt hatten. Die jungen Israelis lasen die Namen laut vor. Für jeden

Foto: Schälte

# Gemeinschaft gefühlt“

entzündeten sie eine Kerze. „Wir standen ihnen gegenüber“, erzählt Marta. „Und wir haben alle geweint“, sagt Chiara. Dann gingen sie aufeinander zu, die jungen Deutschen und die jungen Israelis, vor den Verbrennungsöfen

im Konzentrationslager Sachsenhausen. Sie nahmen sich in den Arm. „Ich habe in diesem Moment Gemeinschaft gefühlt“, sagt Theresia.

Marta, Chiara und Theresia sind Schülerinnen des Theodor-Fliedner-Gymnasiums in Düsseldorf-Kaiserswerth. Seit 45 Jahren pflegt das TFG einen regelmäßigen Austausch mit der Ha'emek Hama'aravi Highschool in Yifat, einem Kibbuz in Nordgaliläa. Herta Kräußel, eine frühere Direktorin, hatte die Kontakte geknüpft. Sie wollte, damals noch Lehrerin an einem Essener Gymnasium, wissen, was aus ehemaligen Schülerinnen und Schülern geworden ist, die vor den Nazis aus Deutschland fliehen mussten. „Das war 1963, also kaum 20 Jahre nach dem Holocaust“, berichtet Englisch- und Erdkundelehrer Christoph Jaenecke. Er betreut die „Israel AG“ seit 1999 und nimmt mit einer Gruppe auch am Israel-Seminartag im Landtag teil. Mehr als 250 Jugendliche werden erwartet. Im Mittelpunkt stehen die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten und der Alltag in Israel.

Im Frühjahr 2014 war eine Gruppe des Theodor-Fliedner-Gymnasiums zuletzt in Israel – 26 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 9 bis 11. „Ich hatte eine Wüste erwartet“, sagt Chiara, „dass es heiß und steinig ist.“ Im Norden des Landes angekommen, dann die Überraschung: „Es war alles ganz grün.“ Louise erzählt von den Soldaten und Soldatinnen, denen man überall begegne, in den Kaufhäusern und auf den Dörfern. Lehrer Jaenecke erklärt, warum das so ist: „In Israel gilt für Männer eine Wehrpflicht von drei Jahren, für Frauen von zwei Jahren.“ Außerdem: „Wer Uniform trägt, darf in Israel kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.“ Trotzdem, meint Chiara, Menschen mit Gewehren zu sehen, das sei schon seltsam und mache Angst. Das kenne man in Deutschland so nicht.

Die jungen Leute aus Düsseldorf waren in Jugendhäusern und bei Familien untergebracht. „Die Familie, bei der ich gewohnt habe, hat mir

nie ein Gefühl von Schuld gegeben“, meint Gabriela. Wie ihre Mitschüler war auch sie vor allem neugierig auf das viereinhalb Flugstunden entfernte Land, das sie eigentlich nur aus dem Unterricht und den Nachrichten kannte.

Tiefe Eindrücke hat aber auch der Aufenthalt der Jugendlichen aus Yifat in Deutschland hinterlassen – vor allem, aber nicht nur wegen des gemeinsamen Besuchs des KZ Sachsenhausen. „Eine Schülerin wollte unsere Großeltern nicht treffen“, berichtet Lea, „sie hatte ein mulmiges Gefühl.“ Eine israelische Lehrerin, erzählt Louise, habe den Schülern geraten, in der Öffentlichkeit keine T-Shirts mit hebräischen Schriftzügen zu tragen und vor rechten „Glatzköpfen“ gewarnt. Das seien Vorurteile, meinen die TFG-Schüler.

Worin unterscheiden sich junge Menschen aus Israel und Deutschland? Die Gymnasiasten überlegen lange. „Unser Musikgeschmack ist ähnlich“, sagt Chiara. Vielleicht: Den Israelis sei aufgefallen, dass deutsche Schüler im Unterricht besser aufpassen, dass sie eher ruhig sind. Die Israelis seien lebhafter. Im Grunde aber sei man sich ziemlich ähnlich.

Obwohl jeder Schüler nur einmal am Austausch teilnehmen kann, müssen die Kontakte auch später nicht abreißen. „Eine Familie beteiligt sich mittlerweile in der dritten Generation“, sagt Christoph Jaenecke. „Außerdem gibt's ja auch WhatsApp“, erklärt Chiara. *zab*

## Festakt und Seminartag

„50 Jahre Deutsch-Israelische Diplomatische Beziehungen“ stehen am Montag, 1. Juni 2015, im Mittelpunkt einer Festveranstaltung von Landtag und Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Der Festakt für geladene Gäste beginnt um 17 Uhr im Landtag. Grußworte sprechen Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Avraham Nir-Feldklein, Gesandter des Staates Israel. Den Festvortrag hält Grisha Alroi-Arloser, Geschäftsführer der Israelisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer (Tel Aviv) und Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft.

Beim Seminartag „Israel – Anders Kennen Lernen“ widmen sich mehr als 250 Schülerinnen und Schüler in Workshops und Diskussionsrunden dem israelischen Alltag. Die Schirmherrschaft haben Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft übernommen.

Aktuelle Berichte und einen Live-Stream zum Festakt finden Sie am Veranstaltungstag unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

**Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“** (WDR-Gesetz), Amtszeit Mitglieder WDR-Rundfunkrat | [Drs. 16/8654](#) | Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN | Ausschuss für Kultur und Medien | 1. Lesung 20.5.2015

**Zweiter Nachtrag zum Haushaltsplan 2015** aufgrund der erheblich gestiegenen Zahl an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (Mehrbedarf insbesondere für Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Transport) | [Drs. 16/8650](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | 1. Lesung 20.5.2015

**Bürokratieabbau in den Kommunen** durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände | [Drs. 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | 1. Lesung 21.5.2015

**Regionaler Flächennutzungsplan:** Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW) | [Drs. 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | schriftliche Anhörung

**Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen** (Änderung des Kinderbildungsgesetzes) | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN, Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Anhörung 17.9.2015

**Gesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [Drs. 16/8441](#) | Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | in Beratung

**Gesetz über die Bestimmung des 31. Oktober 2017 als 500. Jahrestag der Reformation zum Feiertag in Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/8386](#) | Landesregierung, Hauptausschuss | Ausschuss Juni 2015

**Dokumentierung der wirtschaftlichen Gesamtlage eines kommunalen Haushalts** (Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse) | [Drs. 16/8385](#) | Landesregierung, Ausschuss für Kommunalpolitik | schriftliche Anhörung bis 19.6.2015

**Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.2.1998** (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes) | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | Innenausschuss | Anhörung 21.8.2015

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor **Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften** | [Drs. 16/8131](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | Anhörung beschlossen

**Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten:** Schaffung einer Ausnahme von der Erfordernis der persönlichen Einwilligung für Einsatzkräfte z.B. von Polizei oder Feuerwehr beim digitalen Sprechfunk im Hinblick auf die Ortung des jeweiligen Standorts | [Drs.16/6634](#) | Landesregierung | 2. Lesung 20.5.2015, angenommen

**Gesetz zu Bürgerentscheiden:** Abschaffung der Zustimmungsqoren beim Bürgerentscheid, nach denen die Mehrheit der gültigen Stimmen einem bestimmten Einwohneranteil der Kommune entsprechen muss | [Drs.16/5743](#), PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung, gemeinsam mit [Drs.16/5474](#)

**Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene:** Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen | [Drs.16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung, gemeinsam mit [Drs. 16/5743](#)

**Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW:** Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sog. Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge:** Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge ergänzt. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung:** Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volkentscheid durchzuführen | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung





Foto: Schälte

## TITELTHEMA

# Kopftuch im Unterricht sorgt für Kopfzerbrechen

## Fachleute diskutieren bei Anhörung Verbot des Verbots

13. Mai 2015 – Im Grunde ist die Sache klar: Lehrerinnen in Nordrhein-Westfalen dürfen im Unterricht künftig ein Kopftuch tragen. So hat es das Bundesverfassungsgericht entschieden und damit die bisherige Regelung in NRW gekippt. Das Tragen eines Kopftuchs dürfe nur dann untersagt werden, wenn der Schulfrieden oder die staatliche Neutralität gefährdet seien, befand das Gericht. Nur: Wann ist der Schulfrieden gefährdet?

Bislang galt in NRW das Kopftuchverbot. Gestützt wurde es durch Paragraph 57 des Schulgesetzes. Dort heißt es u.a.: „Lehrerinnen und Lehrer dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußere Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören.“ Einen Zusatz, der die Privilegierung zugunsten der Darstellung christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte vorsieht, erklärte das Gericht für nichtig.

Der Schulausschuss hat sich in einer Anhörung mit dem Thema beschäftigt. Grundlage war ein [Entwurf](#) von SPD, CDU und GRÜNEN zum 12. Schulrechtsänderungsgesetz. Neben der Aufhebung des Kopftuchverbots werden darin auch die Einrichtung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen und die Besetzung von Schulleitungsstellen geregelt.

Die Landeselternschaft NRW fürchtete, dass Schulen künftig in jedem Einzelfall über eine mögliche Störung des Schulfriedens befinden müssen. Dies würde sie völlig überfordern, Rechtsunsicherheit festschreiben und ein landeseinheitliches Verfahren unterlaufen, so Eberhard Kwiatkowski. Ähnlich äußerte sich Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung. Die Landesregierung müsse eine landesweit einheitliche Regelung vorlegen, die den Schulleitungen rechtssicheres Handeln ermög-

liche. Auch Maike Finfern, die den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vertritt, forderte eine „generelle Verfahrensregelung durch den Gesetzgeber“.

Peter Silbernagel (Philologen-Verband NRW) kritisierte, dass im Entwurf die „Bedeutung der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen nicht mehr angemessen zum Ausdruck kommt“. Er schlug vor, den vom Verfassungsgericht bemängelten Hinweis im Gesetz zu belassen und einen Zusatz einzufügen, der auch andere Religionen und Weltanschauungen erfasse.

### Klarstellung gefordert

Dr. Antonius Hamers (Katholisches Büro NRW) sah im Beschluss der Verfassungsrichter ein „starkes Signal für die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit“, bedauerte jedoch, dass der Hinweis auf christlich-abendländische Werte gestrichen werde. Das Gericht bemühe sich um einen „Ausgleich zwischen der Glaubensfreiheit der einzelnen Lehrkraft und den legitimen Anliegen des Staates, den Schulfrieden und die staatliche Neutralität zu wahren“. Um Störungen des Schulfriedens zu vermeiden, empfahl die Vertretung der Bischöfe „eine Formulierung, die es Lehrerinnen und Lehrern in der Schule verbietet, politische, religiöse, weltanschauliche oder ähnliche äußere Bekundungen abzugeben“. Die Klarstellung, dass Religionsunterricht und öffentliche Bekennt-

nisschulen nicht betroffen seien, müsse jedoch erhalten bleiben. Öffentliche Schulen seien kein religionsfreier Raum, sagte Kirchenrat Dr. Thomas Weckelmann (Evangelisches Büro NRW). Die Gerichtsentscheidung sei ein Beitrag zum Schutz der Religionsfreiheit. Mit der geplanten Gesetzesänderung würden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt: „Dies begrüßen wir.“ Lehrerinnen und Lehrer dürften das Neutralitätsgebot nicht verletzen, mögliche Konflikte jedoch „nicht auf die Schulen abgewälzt werden“.

Nach Ansicht von Anne-Kathrin Kenkmann (Ruhr-Universität Bochum) hat das Bundesverfassungsgericht die Gestaltungsspielräume des Landesgesetzgebers verletzt. Außerdem: Begreife eine Lehrerin das Kopftuch als zwingendes Gebot, gehe von dem Kleidungsstück das Signal aus, dass auch andere muslimische Frauen das Kopftuch tragen müssten. Durch die Schulpflicht setze der Staat Schüler diesem Signal aus.

Der Gesetzesentwurf setze die vom Bundesverfassungsgericht formulierten Vorgaben loyal um und werfe keine verfassungsrechtlichen Probleme auf, so Prof. Dr. Fabian Wittreck (Westfälische Wilhelms-Universität Münster). Er sei „verfassungsrechtlich unauffällig“. Um mögliche Konflikte an Schulen zu vermeiden, empfahl auch er entsprechende Verwaltungsvorschriften. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

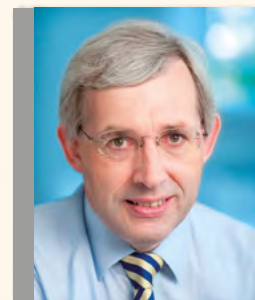
## Meinungen zum Titelthema „Kopftuch und Schulfrieden“

# Schlag auf Schlag

[Eva-Maria Voigt-Küppers](#)  
(SPD)



[Klaus Kaiser](#)  
(CDU)



**Laut Bundesverfassungsgericht darf das Tragen eines Kopftuchs oder anderer religiöser Symbole nur verboten werden, wenn dies den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität konkret gefährdet.**

**Schulen sind laut Verfassungsgericht keine religionsfreien Räume. Das bedeutet für mich ...**

**Den Schulfrieden sehe ich gefährdet, wenn ...**

**Praktikable Beurteilungs- und Entscheidungsmaßstäbe für Schulen sind für mich ...**

**Bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen ...**

... dass Schulen wichtige Orte für den Diskurs um Werte und Normen unserer Gesellschaft darstellen. Wichtig im Zusammenleben unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften ist die gegenseitige Achtung und Zuwendung. Diese Offenheit, die Toleranz und der Respekt, den die Schülerinnen und Schüler hier lernen, sind wesentlicher Bestandteil ihrer persönlichen Identitätsbildung.

Pauschal lässt sich dieser Satz nicht fortsetzen. Vielmehr muss man wohl eine Analogie zu jeder Störung des Friedens in einer Gemeinschaft ziehen. Sei es in der Schule oder im Betrieb.

... nicht generell zu setzen. Dies hat die Anhörung deutlich gezeigt. Dort gab es den Verweis auf geltende Bestimmungen. Rezeptwissen kann man in diesem Themenkomplex wohl nicht ausgeben, damit würde man dem Thema und seiner Vielschichtigkeit nicht gerecht.

... ist ein Bestandteil unseres Schulsystems. Hier ist es wichtig, ein möglichst breites Angebot zu schaffen, das gilt aber auch für Schülerinnen und Schüler, die keinem Bekenntnis angehören. Deshalb ist es gut, dass wir neben evangelischem und katholischem Religionsunterricht auch den islamischen anbieten können, ebenso wie praktische Philosophie.

... dass die auch äußerlich bekundete Religionszugehörigkeit nicht diskriminiert werden darf. Zu Erziehung und Bildung gehört Wertgebundenheit. Ohne Wertorientierung kann unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht gelingen. Religion und Kirchen sind Institutionen, die die Wertorientierung unserer Gesellschaft prägen. Das ist für den Staat unverzichtbar. Insofern sind Religionen und ihre Institutionen auch im Interesse des Staates. Er sollte sie daher auch weiterhin im Sinne der Verfassung stützen und fördern.

... die Menschenwürde und die Toleranz zur Anerkennung anders denkender Menschen verletzt wird.

... das Grundgesetz und der gesunde Menschenverstand.

... ist wertgebundene Bildung im Interesse unserer Gesellschaft. Gläubig zu sein ist ein Wesensmerkmal des Menschen. Daher unterliegen Glaubensvollzug und religiöse Erziehung nicht dem Zeitgeist. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht ist lebendiger Ausdruck der gläubigen Einstellung von Menschen in unserer Gesellschaft.



[Sigrid Beer](#)  
(GRÜNE)



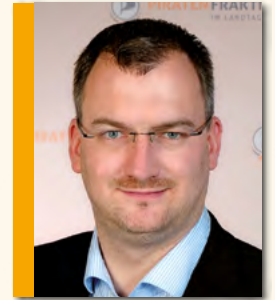
... dass die positive wie negative Religionsfreiheit Berücksichtigung finden muss. Die Schule ist der Ort, wo gesellschaftliche Pluralität gelebt wird. Anerkennung und Akzeptanz des Anderen sind die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander. Das muss immer wieder gelernt werden.

[Yvonne Gebauer](#)  
(FDP)



... dass religiöse Werte und Überzeugungen ihren berechtigten Platz im schulischen Leben einnehmen können müssen. Allerdings darf insbesondere im Interesse der Schülerinnen und Schüler das Neutralitätsgebot nicht verletzt werden. Dies muss die Politik sicherstellen. Gleichzeitig ist es unverzichtbar, dass ebenfalls das Recht auf Freiheit von Religion geachtet wird.

[Michele Marsching](#)  
(PIRATEN)



... dass sich alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer frei zu ihrer Religion oder Weltanschauung bekennen dürfen und vor Angriffen gegen diese Freiheit geschützt werden müssen. Zugleich muss jedoch sichergestellt werden, dass anders-/nichtgläubige Beteiligte vor aufdringlicher Religionspraxis geschützt werden. Religionskonflikte gehören nicht in die Schule, Diskussionen dazu sehr wohl.

Diese Frage lässt sich nicht pauschal in wenigen Zeichen beantworten. Das hat die Experten-Anhörung zum Thema noch einmal sehr deutlich gemacht. Auch die Experten und Expertinnen aus der Schulpraxis wie die Verfassungsrechtler hatten keine „Patentformulierungen“ parat.

... z.B. religiös bedingtes Verhalten von Lehrkräften, das gegebenenfalls auch mit politischer Überzeugung verbunden sein kann, dem Neutralitätsgebot widerspricht. Es ist z.B. nicht hinnehmbar, wenn ein Auftreten von Lehrkräften dazu führt, dass sich Schülerinnen und Schüler zu bestimmten Kleidungsvorschriften gedrängt fühlen, die ihren persönlichen Werte- und Glaubensvorstellungen überhaupt nicht entsprechen.

... Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer in unzumutbarer Weise mit einer Religion oder Weltanschauung konfrontiert werden. Jeder Konflikt ist jedoch als Einzelfall zu betrachten und eine Abwägung zwischen der Freiheit der Religionsausübung und der Freiheit vor Übergriffen aus eben dieser vorzunehmen.

Wer meint, man könne einen Kriterienkatalog zur „Störung des Schulfriedens“ an die Hand geben, verkennt die Komplexität der Aufgabe. Und wer stört überhaupt? Eine Lehrkraft, Eltern oder Schülerinnen und Schüler?

... unerlässlich. Hier muss die Politik klare Vorgaben bereitstellen und Handlungswege definieren. Die Verantwortung zur Feststellung, wann der Schulfrieden gefährdet ist, darf nicht einfach an die Schulen delegiert werden. Politik muss große Rechtsunsicherheiten und Konflikte an Schulen vermeiden.

... die Betrachtung der jeweiligen Gesamtsituation. Stört die Ausübung der Religion nur Einzelne oder große Gruppen? Werden bewusst Konflikte herbeigeführt? Findet eine missionierende oder bekehrende Tätigkeit statt? Allein der Hinweis, dass beispielsweise ein öffentlich getragenes Kleidungsstück zu Konflikten führen oder durch Dritte in ihrer religiösen Position ausgenutzt werden könnte, ist nicht ausreichend.

... ist Bestandteil des Schulwesens in NRW. Religiöse Bildung gehört in den öffentlichen Raum und den gesellschaftlichen Diskurs. Es ist gut und richtig, dass wir in NRW das Spektrum erweitert und den islamischen Religionsunterricht eingeführt haben. Das Recht auf negative Religionsfreiheit muss in allen Schulstufen gewährleistet sein.

... stellt ein in der Verfassung verbürgtes, wichtiges Recht dar. Es muss jedoch auch sichergestellt sein, dass Kindern ein qualitativer, konfessionsfreier Unterricht ermöglicht wird, wenn dies gewünscht ist. Bedauerlich ist, dass Rot-Grün vor einem Jahr die FDP-Initiative für einen konfessionsungebundenen Ethikunterricht in der Grundschule abgelehnt hat. Ein solches Angebot fehlt gegenwärtig.

... gehört eigentlich nicht in den pflichtigen Fächerkanon. Stattdessen sollte ein weltanschaulich neutraler Ethikunterricht in den Schulen Werte vermitteln, die unsere Ethik universell über die Religionen hinweg prägen. Die Vermittlung von Religionsinhalten verschiedener Religionen und das Erziehungsziel zu Toleranz und Weltoffenheit sollten im Vordergrund stehen, anstelle der Abgrenzung zu Anderen.



## Chemiestandort NRW stärken

19.5.2015 – Die Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen hat ihre Arbeit abgeschlossen. In einer Abschlussveranstaltung übergab der Vorsitzende [Hans Christian Markert](#) (GRÜNE) den rund 450 Seiten starken Bericht an [Vizepräsident Dr. Gerhard Papke](#). Das Dokument enthält insgesamt 58 Handlungsempfehlungen. Sie beziehen sich u.a. auf die Erforschung nachhaltiger Rohstoffbasen und Werkstoffe, auf innovative Produktionsverfahren sowie den Einsatz erneuerbarer Energien für elektrochemische Verfahren und entsprechende Speichertechnologien, die auch für die Energiewende nötig sind.

In der Veranstaltung tauschten sich die Abgeordneten nochmals mit Fachleuten über die Themen „Rohstoffe und Werkstoffe“, „Verfahren“ und „Energieumsätze“ aus. Im Rahmen eines Pressegesprächs am 27.4.2015 hatte Vorsitzender Markert die chemische Industrie mit ihren etwa 100.000 Arbeitsplätzen als einen „entscheidenden Player in NRW“ bezeichnet. Die Enquetekommission wolle dazu beitragen, dass der „Standort in 20 Jahren noch erfolgreich ist“. Ein Ziel sei, die Kreislaufwirtschaft und die Nutzung von Abfällen zu stärken. Ein neues Forschungsgebiet umfasse die Nutzung von Sonne, Wasser und Luft (Stichwort Photosynthese). „Eine zentrale Rolle werden auch Synthese-Gase spielen“, sagte der stellvertretende Vorsitzende [Dr. Gerd Hachen](#) (CDU). Die chemische Industrie sei nicht das Problem, sondern „Teil der Lösung“, meinte [Guido van den Berg](#) (SPD). Es sei daher wichtig, deren Akzeptanz zu erhöhen, forderte [Dietmar Brockes](#) (FDP). Die Bedeutung der chemischen Industrie in der Hightech-Gesellschaft werde wachsen, erklärte auch [Hanns-Jörg Rohwedder](#) (PIRATEN).

## Sicherheitslage in NRW

18.5.2015 – Die Sicherheitslage in NRW sei stabil. Dies teilte [Innenminister Ralf Jäger](#) (SPD) in einer Sitzung des Verfassungsschutz-Kontrollgremiums mit. Er nannte zwei Ereignisse, die in den vergangenen Wochen für Aufsehen gesorgt

hatten – den mutmaßlich geplanten Anschlag in Hessen mit salafistischem Hintergrund sowie die Zerschlagung der rechtsextremen „Oldschool Society“.

Salafismus und Rechtsextremismus – von diesen beiden Strömungen gehe aktuell die größte Gefährdung aus, sagte Jäger. In beiden Fällen habe der „sehr koordinierte Informationsaustausch“ der Sicherheitsbehörden zu Erfolgen geführt.

In der salafistischen Szene zeichne sich eine neue Variante der Radikalisierung ab, berichtete Burkhard Freier, Chef des NRW-Verfassungsschutzes. Es seien immer häufiger Ehemänner und Ehefrauen aktiv: „Der Dschihad wird zur Familienangelegenheit.“ So sei die Zahl der Frauen, die zum Teil mit Kindern Richtung Syrien ausreisen, seit Jahresbeginn gestiegen. Man versuche, dies durch Einziehung der Reisepässe möglichst zu verhindern.

Beim Rechtsextremismus unterscheide man drei Kategorien: den harten Kern um NPD und „Die Rechte“, Mitläufer bei Demonstrationen und Veranstaltungen sowie Rechtsterroristen, die ihre Ziele mit Waffengewalt durchsetzen wollten. Die „Oldschool Society“ zählte Freier zur letzten Gruppe. Es handle sich um einen Kern von zehn Personen. Sie seien vergleichbar einer Rockergruppe organisiert und hätten Anschläge auf Salafisten, Moscheen und Asylbewerberheime beabsichtigt. Auch in NRW hatte es Durchsuchungen gegeben.

## Lob für Clearingstelle Mittelstand

13.5.2015 – Auf gutem Weg sah der Wirtschaftsausschuss nun fraktionsübergreifend die Arbeit der Clearingstelle Mittelstand des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese unabhängige Einrichtung überprüft in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern und Verbänden die Mittelstandsverträglichkeit von Gesetzes- und Verordnungsvorhaben. Zusammen mit Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des Beirats der Clearingstelle, betonte Geschäftsführerin Britta Brisch ihre Aufgabe, auf Auswirkungen und mögliche Kosten für die mittelständische Wirtschaft hinzuweisen sowie über Transparenz

und frühzeitige Beteiligung der Betroffenen eine sachbezogene Diskussion zu ermöglichen. Beispiele ihrer Arbeit seien die Stellungnahmen zum Landesentwicklungsplan, zum Tariftrübesgesetz sowie das avisierte Clearingverfahren zu geplanten neuen Regelungen in der Lebensmittelkontrolle.

## Windräder: Antrag abgelehnt

13.5.2015 – Mit großer Mehrheit hat der Wirtschaftsausschuss einen [Antrag](#) der FDP-Fraktion abgelehnt, in dem diese einen größeren Abstand zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden fordert. Die FDP begründet ihren Antrag mit der Sorge, dass die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Energiewende abnehmen könne. Die bestehenden Regelungen seien ausreichend, meinten dagegen GRÜNE wie auch PIRATEN und verwiesen auf den Windenergieerlass, die Lärmschutzregelungen sowie die Baunutzungsverordnung. Durch den FDP-Antrag komme die Windenergie möglicherweise zum Erliegen, befürchtete die SPD und betonte, NRW müsse auch in Zukunft Energieland bleiben. Man stehe zu den Ausbauzielen der großen Koalition im Bund, unterstrich die CDU. Auch sie wertete den FDP-Antrag als keine Lösung für Nordrhein-Westfalen.

## Gefängnisausbruch

13.5.2015 – Der Ausbruch des sogenannten Hahnwald-Mörders aus der JVA Rheinbach am 28. April 2015 war ein zentrales Thema im Rechtsausschuss. [Justizminister Thomas Kutschay](#) (SPD) betonte, dass der Gefangene bereits am 30. April 2015 in Köln gefasst werden konnte. Zum Ausbruch in einem Versteck aus Holzabfällen wollte [Jens Kamieth](#) (CDU) wissen, warum nicht standardmäßig Herzschlagdetektoren eingesetzt würden. „Und warum sind zwischen der Entweichung und der Verdingung der Polizei zwei Stunden Zeit vergangen?“, fragte der Abgeordnete [Dirk Wedel](#) (FDP) nach.

Der Minister erläuterte, dass die Schreinerei der JVA Rheinbach aus vier großen Hallen bestehe. Dort arbeiteten 15 Gefangene, die von vier Jus-





tizvollzugsbeamten beaufsichtigt würden. „Natürlich gibt es in solchen Hallen auch Möglichkeiten, sich zurückzuziehen, aber das ist normal für eine Werkstatt“, so Kutschaty. Im Übrigen habe der Leiter der JVA vorbildlich mit den Ermittlungsbehörden zusammengearbeitet. Mittlerweile habe man verschiedene Abläufe verändert, um einen solchen Ausbruch künftig zu verhindern.

Der Rechtsausschuss war zu Gast in der Justizakademie des Landes in Recklinghausen. Anlass war die Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung „Justiz und Nationalsozialismus“.

## Fragen zum Verfassungsgericht

11.5.2015 – Der Verfassungsgerichtshof stand im Mittelpunkt einer Anhörung der Verfassungskommission. Vier Sachverständige stellten sich den Fragen des Gremiums: Meinhard Starostik (Richter am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin), Prof. Dr. Michael Sachs (Universität Köln), Prof. Dr. Franz Mayer (Universität Bielefeld) und Prof. Dr. Rosemarie Will (Humboldt-Universität Berlin). Kritisch äußerten sich die Experten zur Zusammensetzung des NRW-Verfassungsgerichtshofes. Er besteht aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, den beiden lebensältesten Präsidenten der Oberlandesgerichte und vier vom Landtag gewählten Mitgliedern. Die Hälfte von ihnen muss die Befähigung zum Richteramt oder für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes vorweisen können. Dass drei von sieben Richtern nicht vom Landtag gewählt werden, sei problematisch, sagte Will. Starostik nannte „geborene Mitglieder nicht mehr zeitgemäß“. Mayer empfand es als „eigentümlich“, dass die lebensältesten Präsidenten automatisch im Verfassungsgerichtshof sitzen. Angesprochen wurde auch die mögliche Einsetzung einer sogenannten Individualverfassungsbeschwerde, wie sie in anderen Bundesländern bereits möglich ist. Sie gebe Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, unrichtige Entscheidungen außerhalb des Instanzenweges aufheben zu lassen, sagte Starostik. Dies trage zum Rechtsfrieden bei. Bisher haben NRW-Bürger keine Möglichkeit, individuell Verfassungsbeschwerde

einzu legen. Einig waren sich die Experten, dass dies künftig mehr Arbeit für den Verfassungsgerichtshof bedeuten würde. Personelle Ergänzungen oder die Besetzung ausschließlich mit hauptamtlichen Verfassungsrichtern könnten dann geboten sein.

## Bahn will Angebot ausweiten

7.5.2015 – Alle Reisenden, die bis zu vier Stunden unterwegs sind, sollen künftig die Deutsche Bahn nutzen: Dieses Ziel hat sich das Unternehmen gesetzt. Dazu will es die bislang größte Kundenoffensive starten, wie Reiner Latsch und Robert Ohler von der DB AG im Verkehrsausschuss erläuterten. Das Konzept muss allerdings noch mit den Bundesländern ausgehandelt werden. Geplant ist demnach, die Zahl der Verbindungen zu erhöhen, die Reisezeit zu verkürzen, mehr Komfort anzubieten sowie Nahverkehr, Regionalverkehr und Fernverkehr stärker zu vernetzen. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass auf Strecken, die derzeit von IC-Zügen bedient werden, Reisende künftig einen ICE nutzen können. Wie derzeit in der ersten Klasse sollen bald auch in der zweiten Klasse kostenlos eine Sitzplatzreservierung sowie ein WLAN-Zugang angeboten werden. Für den Fernverkehr soll der bislang günstigste Sparpreis bei den Tickets von 29 auf 19 Euro gesenkt werden.

## Portigon-Spitze zum Rückbau

7.5.2015 – Der Rückbau der ehemaligen Landesbank WestLB schreitet nach Angaben der Portigon-Spitze voran. Vorstandsvorsitzender Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Vorstandsmitglied Dr. Peter Stemper erläuterten im Haushalts- und Finanzausschuss, dass die Zahl der Mitarbeiter von rund 4.200 im Jahr 2011 auf rund 1.400 im vergangenen Jahr reduziert worden sei. 2015 solle sie nochmals halbiert werden, um bis 2017 die Zielgröße von rund 140 Mitarbeitern zu erreichen. Der Verwaltungsaufwand sei „stark rückläufig“. 2014 und 2015 seien die ausländischen Betriebsstellen in Istanbul, Shanghai und Tokio geschlossen worden.

Weitere Schließungen folgten. Nur die Präsenz in London und New York sei noch längerfristig absehbar. Die Portigon soll als Nachfolgesellschaft die Abwicklung der WestLB sicherstellen.

## Personalsituation bei der Polizei

7.5.2015 – Der Innenausschuss hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde erneut mit der Personalsituation bei der Polizei beschäftigt. Anlass war ein Antrag der FDP. Die Fraktion kritisierte, dass „trotz massiver Personalnot und Überbelastung“ 326 Tarifstellen unbesetzt seien und fragte, warum der Innenminister über diesen Umstand und die Ursachen nicht im Bilde sei. Die Landesregierung wies die im Antrag geäußerten Vorwürfe zurück. **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) erläuterte, bei den sogenannten Tarifstellen handele es sich überwiegend um Bürokaufleute innerhalb der Verwaltung. Dies habe nichts mit den hoheitlichen Aufgaben der Polizei zu tun.

## EU-Datenschutzreform

8.5.2015 – Landesdatenschutzbeauftragter Ulrich Lepper hat den Ausschuss für Europa und Eine Welt über die geplante Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union und die Folgen für NRW informiert. „Die Reichweite des Datenschutzes in den Mitgliedstaaten ist sehr unterschiedlich. Deswegen brauchen wir eine einheitliche Regelung durch die Datenschutzgrundverordnung“, sagte Lepper. Aber dafür müssten sich die Mitgliedstaaten weiter aufeinander zu bewegen. Dabei habe er die Sorge, dass das Datenschutzniveau abgesenkt würde. Zwar könnten die deutschen Standards nicht überall durchgesetzt werden. Es seien aber bei den bisherigen Vorschlägen von Kommission und Rat noch Regelungslücken erkennbar, die zu Rechtsunsicherheit führten. Im Juni wird der Europäische Rat erneut über die Datenschutzreform verhandeln. Danach folgt bis voraussichtlich Ende dieses Jahres die Abstimmung zwischen Europäischem Parlament, Rat und EU-Kommission. Das Parlament könnte dann Anfang 2016 entscheiden.

# Für den Landtag kandidieren?

## Eignungstest statt Numerus Clausus – Themen und Ablauf des 7. Jugend-Landtags

Mitglied eines Parlaments sein, mitdiskutieren und am Ende mitbestimmen: Diesen Wunsch haben nicht wenige. Für Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen geht er jedes Jahr ein Mal in Erfüllung. Beim sogenannten Jugend-Landtag nehmen sie die Plätze der Abgeordneten ein. Zum 7. Mal wird dies vom 11. bis 13. Juni dieses Jahres der Fall sein.



Den Sprung ins Hohe Haus schaffen diejenigen, die sich vorher bei den Abgeordneten beworben haben und von diesen anschließend als persönliche Vertreter benannt worden sind. Einzige Voraussetzung: Die Jugendlichen sollen zwischen 16 bis 20 Jahre alt sein. Ob sie noch zur Schule gehen, sich in Ausbildung befinden, studieren oder sogar schon einen Beruf ergriffen haben, bleibt sich gleich. Wie der echte Landtag soll auch der Jugend-Landtag eine große Vielfalt an Lebenssituationen abbilden.

### 237 Entscheidungsträger

Ziel ist, dass die Jugendlichen die Abläufe in einer repräsentativen Demokratie kennenlernen. Das bedeutet vor allem das Organisieren von Entscheidungsfindungen im Spiel von Mehrheit und Minderheit. So beginnt ihre Arbeit am ersten Tag damit, dass sie sich in ihren Fraktionen zusammenfinden und nach einem ersten Kennenlernen einen Fraktionsvorstand wählen. Die Rolle der Präsidiumsmitglieder übernehmen die Jugendlichen, die von den „echten“ Präsidiumsmitgliedern ausgewählt wurden. Am zweiten Tag geht es in Fachausschüssen um die Beschäftigung mit politischen Themen, zu denen sich dann jeder Einzelne und jede Fraktion eine Meinung bilden müssen. Man kann dafür oder dagegen sein, Änderungsanträge stellen oder ergänzende Anträge formulieren. Über all dies wird am dritten Tag dann im Plenum diskutiert und entschieden.

Mehr als 1.250 Jugendliche haben diesen dreitägigen Beratungsmarathon schon durchlaufen. Viele von ihnen, so die Erfahrung, bleiben an der Arbeit des Landtags interessiert. Insofern scheint das Ziel erreicht: das Interesse für Politik und an eigenem politischen Engagement zu wecken.

Auf Anregung der Obleute im „echten“ Jugendausschuss sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. Jugend-Landtags selbst auswählen können, welche Themen sie bearbeiten wollen. Demzufolge hat das „Helferteam“, bestehend aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern des vergangenen Jahres, 10 Themen vorgeschlagen.

Diese umfassten unter anderem den Wunsch, Informationen über Wahlabläufe verpflichtend in den Lehrplan aufzunehmen. Oder man sollte in Sozialwissenschaften Freiräume schaffen für aktuelle Themen bzw. ein gesellschaftswissenschaftlich orientiertes Abitur ermöglichen. Auch wurde vorgeschlagen, das Ehrenamt zu stärken. Ein weiteres Thema zielt ab auf die Stärkung des Heimatbewusstseins; hierfür sollte zum Beispiel in Schulen das Fach Heimatkunde wiedereingeführt werden. Auch sollte darüber diskutiert werden, den Verkauf von E-Shishas an Minderjährige zu verbieten.

Gewählt wurden:

1. Numerus clausus darf nicht einziges Kriterium für die Studienzulassung sein (Eignungstest, Prüfung oder ZVS einführen)
2. Mehr fürs Leben / den Alltag in der Schule lernen.

Man darf auf die Debatten gespannt sein. Aktuelle Berichte finden Sie jedenfalls an allen drei Tagen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de). Die Plenarsitzung am 13. Juni wird ab 10 Uhr im Internet übertragen.

Charlotte Volkenhoff (19) war die Präsidentin des Jugend-Landtags 2014. Landtag Intern sprach mit ihr über ihre Erfahrungen und die Bedeutung der Veranstaltung.

**Frau Präsidentin Volkenhoff, was haben Sie empfunden, als Sie das erste Mal so angesprochen worden sind?** Das war ein Abgeordneter des Jugend-Landtags, der mit mir über Probleme in seiner Fraktion sprechen wollte und in etwa zu mir sagte: „Frau Präsidentin, können Sie mir mal helfen.“ Erst einmal musste ich etwas schmunzeln. Bis dahin war mir gar nicht ganz klar gewesen, welches Ausmaß diese Funktion hat. Als ich dann am ersten Tag mehrmals so angesprochen wurde, habe ich zumeist gar nicht richtig reagiert. Nach einer Zeit habe ich mich aber wohl damit gefühlt. Als ob ich wirklich die Präsidentin des Landtags wäre. Und das war ein tolles Gefühl.

**Warum hatten Sie sich überhaupt für den Jugend-Landtag beworben?**

Meine ganze Familie ist in der Politik aktiv, insbesondere mein Opa. Ich wollte einfach mal meinen eigenen Weg finden und einen Einblick bekommen, wie das wirklich im Landtag abläuft. Wenn man das im Fernsehen sieht, kann man es gar nicht richtig nachempfinden. Und dann habe ich mich beworben.

Fotos: Schälte



Charlotte Volkenhoff bei einer Diskussion während der Plenarsitzung des Jugend-Landtags 2014 auf dem Platz der Landtagspräsidentin (Mitte). Die „echte“ Präsidentin Carina Gödecke (unten, 4. v.l.) gibt Tipps.



# „Auf jeden Fall!“

## Was hat die Familie dazu gesagt?

Mein Opa war begeistert. Und meine Mutter hat gesagt: „Jetzt musst Du aber auch mal üben, damit Du der Aufgabe gewachsen bist.“

## Und: Wie haben Sie sich dann vorbereitet?

Ich habe mir die Videos angeschaut von den Jugend-Landtagen der Vorjahre. Und wir haben viel Informationsmaterial vom Landtag erhalten, in das ich mich eingearbeitet habe. Das Programm war wirklich sehr informativ.

## Was hat Sie am meisten überrascht am Jugend-Landtag?

Wie emotional die Veranstaltung war. Alle sind mit großer Euphorie an die Sache herangegangen und waren dann richtig glücklich, als sie ihre Ergebnisse, die sie an drei Tagen erarbeitet hatten, am Samstag in der Plenarsitzung präsentieren konnten.

## Die Präsidentin eröffnet die Plenarsitzung. Waren Sie aufgeregt?

Ich war total aufgeregt. Ich bin ja auch kein Medienprofi. Und dann in einer solch exponierten Rolle zu sein ... Aber Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat mich gut vorbereitet und mir vorher gesagt: „Charlotte, mach Dir keinen Kopf. Das wird schon.“ Im Laufe der Sitzung wurde ich dann immer sicherer.

## Wovor hatten Sie am meisten Angst?

Erst einmal hat mein Mikro nicht funktioniert. Ich hörte meine Stimme erst fünf Mal hintereinander und dann gar nicht mehr. Als dann alle lachten, lockerte das die Stimmung auf. Am aufgeregtesten war ich, als ich eine Rede halten durfte zu einem Antrag, den ich in meiner Fraktion mitformuliert hatte. Ich hatte den ganzen Abend zuvor an der Rede geschrieben und war gespannt, das endlich vorzutragen.

## Mussten Sie in der Sitzung einen Abgeordneten zur Ordnung rufen?

Ein Abgeordneter wollte mit seiner Rede gar nicht mehr aufhören. Der war nur noch durch ein Machtwort an seinen Platz zurück zu beordern.

## Es gibt die landläufige Meinung, dass sich junge Menschen angeblich nicht mehr für Politik interessieren. Teilen Sie das?

Es ist nicht so, dass junge Leute sich nicht engagieren wollen oder keinen Zugang zur Politik finden. Ganz im Gegenteil. Ich glaube nur, dass sie oft nicht wissen, wie sie sich engagieren können.

## Kann der Jugend-Landtag hier einen positiven Einfluss haben?

Er ermöglicht jungen Menschen, den Ablauf im Parlament und die politi-

schen Strukturen kennenzulernen und gibt ihnen einen Einblick in die Landespolitik. Der Jugend-Landtag ist eine tolle Erfahrung für jeden. Ich kann nur jedem empfehlen, einmal mitzumachen.

## Sie haben gerade Ihr Fachabitur gemacht und wollen Sozialwissenschaften studieren. Hat Ihnen die Teilnahme am Jugend-Landtag auch etwas für den weiteren Lebensweg gegeben?

Was ich auf jeden Fall beim Jugend-Landtag gelernt habe, ist, dass ich mich ohne Angst neuen Herausforderungen stellen kann. Und diese großartige Erfahrung wird mir hoffentlich auch auf meinem weiteren Lebensweg nützlich sein können.

## Haben Sie das Gefühl, dass es anderen ebenso gegangen ist?

Wir hatten alle einen regen Austausch. Viele haben am Anfang gesagt, dass sie noch nie etwas mit Politik am Hut gehabt hätten. Aber sie wollten es einfach mal kennenlernen. Der Jugend-Landtag hat dazu geführt, dass sie an ihren Aufgaben wachsen konnten.

## Saß Ihr Opa während der Plenarsitzung auf der Zuschauertribüne?

Ja. Und am Ende hat er mir auf die Schulter geklopft und gesagt: „Du hast alles richtig gemacht.“

## Wollen Sie später für den Landtag kandidieren? Auf jeden Fall!

*Das Interview führten Wibke Busch und Michael Zabka*



# AUS DEN FRAKTIONEN

## SPD-Fraktion diskutierte mit Gästen über neuen Hilfsfonds für Heimkinder

In den ersten Jahrzehnten seit der Gründung der Bundesrepublik haben Heimkinder, die als behindert eingestuft wurden, Schreckliches erlitten. Bund, Länder, die Kirchen suchen hierfür seit Längerem eine Lösung. Der nordrhein-westfälische Landtag will nun einen Antrag von allen Fraktionen beraten, der ausdrücklich einen Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie fordert. „Eine schnelle und unbürokratische Lösung zur Linderung des Leids, das Kinder und Jugendliche in solchen Heimen erfahren haben, ist dringend erforderlich“, sagt Günter Garbrecht (Bild), SPD-Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit.

Zu diesem Thema begrüßte die SPD-Fraktion zwei Gäste in der Fraktionssitzung: Prof.



Dr. Dierk Starnitzke (l. im Bild), Theologischer Vorstand Wittekindshof Diakonische Stiftung, und Günter Oelscher (2. v. r. im Bild), Direktor des Franz Sales Haus Essen. Die Arbeits- und Sozialminister der Länder hatten im November 2014 einen derartigen Hilfsfonds für

missbrauchte behinderte Heimkinder nach dem Vorbild des Fonds für nicht behinderte Kinder zunächst abgelehnt. Stattdessen sollten andere Entschädigungsformen geprüft werden, etwa über das Rentenrecht. NRW und andere Länder haben inzwischen signalisiert, einem Fonds beitreten zu wollen. Ebenso die Kirchen. Günter Garbrecht weiter: „Es kann nicht sein, dass eine von Gewalt besonders betroffene Gruppe schlechter gestellt wird als andere Opfer.“ Den Hilfsfonds für Kinder und Jugendliche in Säuglings-, Kinder- und Jugendheimen gibt es seit Januar 2011. Behinderte Opfer wurden darin nicht berücksichtigt. ■



## Nordrhein-Westfalen braucht eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik – sonst wird's eng

Wenn Nordrhein-Westfalen Industrieland und Logistikstandort Nummer 1 bleiben will, dann brauchen wir ein tragfähiges Fernstraßennetz. Denn Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik. Deutschlands Autobahnen müssen von Grund auf saniert und ausgebaut werden. Das ist eine Mammutaufgabe für Bund und Länder gleichermaßen. „Insbesondere im verkehrsreichsten Land Nordrhein-West-



Klaus Vossemer (CDU)

falen stehen wir vor einem Finanzierungs- und Planungsstau, der mit den herkömmlichen Methoden nicht zu lösen ist“, betont Klaus Vossemer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Zudem werden Mit-

tel in Milliardenhöhe benötigt.“ Daher will die Bundesregierung die deutsche Verkehrsfinanzierung und Verkehrsplanung durch die Gründung einer weitgehend unabhängigen Infrastrukturgesellschaft völlig neu ordnen. Das Grundprinzip steht bereits: eine staatliche Gesellschaft, die private Finanzierungen in Anspruch nehmen kann. Die bisherige Bund-Länder-Zuständigkeit bei Bau und Betrieb der Fernstraßen

war nicht leistungsfähig genug. Das macht einen Systemwechsel unumgänglich.

Vossemer: „Die Regierung Kraft ist nun aufgefordert, zeitnah ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, wie die Umgestaltung des Lan-

desbetriebs Straßenbau NRW im Zuge der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft aussehen soll. Die bisher geplante Reform des Landesbetriebs hilft da nicht weiter. Die Landesregierung muss darüber hinaus öffentlich-private Partnerschaften – sogenannte ÖPP-Projekte – zum Ausbau der Bundesfernstraßen akzeptieren, fördern und implementieren. Verkehrsminister Groschek muss seine Verweigerungshaltung aus ideologischen Gründen aufgeben und eine Kehrtwende vollziehen. Ansonsten wird es eng, besonders auf unseren Autobahnen.“ ■



Die Landtagsfraktion  
**CDU**



## 25 Jahre GRÜNE im Landtag

Vor 25 Jahren, am 13. Mai 1990 zogen die GRÜNEN erstmals in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ein. Seitdem ist die Politik im Land nachhaltiger und gerechter geworden. Aus der kleinen Oppositionsfraktion wurde eine anerkannte Regierungsfraktion, die viel erreicht hat: ein Umsteuern hin zu Erneuerbaren Energien, verbesserter Tierschutz sowie mehr Qualität in Schulen und Kindergärten sind nur einige Meilensteine.

Und so wie die erste Fraktion das Plenum bei der konstituierenden Sitzung vor 25 Jahren mit Blumen begrüht hat, hat es die aktuelle Fraktion nun noch einmal getan. Denn eines ist klar: Die Begrünung des Landes geht weiter und wir haben noch viel vor. Dieses und viele weitere Bilder der ver-



gangenen 25 Jahre sowie O-Töne, Videos und Texte aus einem Vierteljahrhundert finden Sie auf der Sonderseite der Fraktion: <http://gruene-fraktion-nrw.de/25Jahre>



## FDP-Fraktion beantragt Enquetekommission zur Zukunft des Handwerks

Nordrhein-Westfalen muss die Zukunft des Handwerks gestalten. Davon ist die FDP-Fraktion überzeugt. Das Handwerk mit seinen 1,1 Millionen Beschäftigten sowie 85.000 Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen hat eine enorme volkswirtschaftliche Bedeutung. Durch den demografischen Wandel und die Digitalisierung steht das Handwerk jedoch vor einem epochalen Strukturwandel. „In einer Enquetekommission soll sich das Parlament deshalb mit den Herausforderungen des Handwerks beschäftigen. Dabei sollen Impulse zur Sicherung und Stärkung von Qualifikation und Fachkräftenachwuchs sowie Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit in Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden“, betont Ralph Bombis, Sprecher für Handwerk und Mittelstand der FDP-Fraktion. Das Handwerk



hat bereits heute mit massiven praktischen Problemen zu kämpfen. 5.000 Ausbildungsplätze bleiben jährlich unbesetzt, viele Bewerberinnen und Bewerber sind nach der Schulzeit trotz Abschluss nicht ausbildungsreif. „Deshalb wird die Handwerks-Enquete in gewisser Weise auch eine Schul-Enquete, weil Jugendliche besser für

eine Ausbildung qualifiziert werden müssen“, betont FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Bei einem Gedankenaustausch mit der FDP-Fraktion bedankte sich Andreas Ehlert, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstags, ausdrücklich für die Initiative der FDP, bei der, über tagespolitische Fragen hinaus, die Anforderungen an das Handwerk untersucht werden sollen. Das Handwerk werde selbst die wichtige Arbeit der Enquete-Kommission mit großer Motivation unterstützen, versicherte Ehlert. Als Mitglied und Vorsitzenden der Kommission hat die FDP-Fraktion Ralph Bombis nominiert. ■



## EU-Datenschutzreform: Landesdatenschutzbeauftragte dürfen nicht entmachtet werden

Die EU-Datenschutzreform ist eine der bedeutendsten EU-Gesetzesvorhaben der jüngeren Vergangenheit – mit Auswirkungen auf 500 Millionen Menschen. Zahlreiche geleakte und veröffentlichte Verhandlungstexte bestätigen Befürchtungen einer gefährlichen Verwässerung des Datenschutzes.

Auch der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW Ulrich Lepper warnt: Viele Änderungswünsche im Ministerrat könnten zu einer Absenkung des deutschen Schutzniveaus und zu einer Schwächung der Länderhoheit sowie der Unabhängigkeit ihrer Landesdatenschutzbeauftragten führen. So soll die Vertretung Deutschlands im neu zu



Nico Kern (PIRATEN)

schaffenden Europäischen Datenschutzausschuss, zukünftig zentrales Entscheidungsgremium auf EU-Ebene, maßgeblich vom Bund bestimmt werden. Das ist die Abkehr vom Föderalismusprinzip und würde eine Entmachtung der unabhängigen Landesdatenschutzbeauftragten bedeuten.

Die Informationspolitik seitens der Landesregierung scheint zudem mehr als verbesserungswürdig. Datenschutzbeauftragter Lepper beklagte sich jüngst im Ausschuss für Europa und Eine Welt: Er habe über wichtige, Landeskompetenzen betreffende Entwicklungen erst auf der Datenschutzbeauftragten-Konferenz erfahren. Mit deutlichen Worten forderte Lepper

eine Verbesserung des Informationsaustausches mit den Landesministerien. Mangels Informationen kann Leppers Behörde möglicherweise die Interessen von 18 Millionen in NRW lebenden Menschen nicht im vollen Maße wahrnehmen.

Mit unserem Antrag wollen wir eine Entmachtung der Landesdatenschutzbeauftragten verhindern. Dazu muss die Landesregierung sicherstellen, dass der Landesdatenschutzbeauftragte zu jedem Zeitpunkt mit allen relevanten Informationen zur EU-Datenschutzreform versorgt wird. Auch darf es zu keiner Absenkung des deutschen Datenschutzniveaus kommen. ■



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW



# Vest der Vielfalt

## Der Kreis Recklinghausen, auch Vestischer Kreis genannt, beeindruckte das Landtagspräsidium mit einer Vielzahl an Themen

6. Mai 2015 – Zweimal jährlich besuchen Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke Regionen Nordrhein-Westfalens, um sich vor Ort über relevante Themen und Entwicklungen zu informieren. Aktuell erfuhren die höchsten Repräsentanten des Parlaments, wie sich das Vest, der heutige Kreis Recklinghausen, für die Herausforderungen des strukturellen, wirtschaftlichen und demografischen Wandels wappnet.

Mit rund 614.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist der Kreis Recklinghausen der bevölkerungsreichste der Bundesrepublik. Entsprechend zahlreich waren die Themen, die dem Landtagspräsidium im Rahmen seines ganztägigen Besuchs begegneten. Von der Koh-

Dort begrüßten Landrat Cay Süberkrüb und Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel die Gäste aus Düsseldorf. Einst war Hertens mit rund 30.000 Arbeitsplätzen in der Branche die größte Bergbaustadt Europas. Nach den Zechenschließungen und dem Verlust Tausender Arbeits-

Stellvertreter erklärten, dieses Thema mit in die Fraktionen des Landtags zu nehmen.

Kunst, Kultur und Kreativität standen als weitere Markenzeichen des Kreises auf dem Tagesprogramm. Bei einem Besuch im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen informierten sich die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten in Begleitung des Recklinghäuser Bürgermeisters Christoph Tesche über die Entwicklung des international beachteten Festivals und das Engagement der Festspielleitung, die alljährlichen Gastspiele im Mai für neue Zielgruppen zu erschließen.

Ebenso informativ geriet der Besuch im Chemiapark Marl, nicht zuletzt mit Blick auf den jüngst verabschiedeten Bericht der Enquetekommission des Landtags zur „Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen“. Bei einer Werksrundfahrt und im Gespräch mit Standortleiter Professor Dr. Walter



le bis zur Kultur, von der Landwirtschaft bis zur chemischen Industrie lernten die Landtagspräsidentin und ihre Stellvertreter vielfältige Facetten der Region neu oder tiefgehend kennen.

Mit einem spektakulären Rundumblick über den Kreis und die angrenzenden Regionen begann der Besuch im Vest. Vom höchsten Punkt der Halde Hoheward aus ließ sich erleben, wie wandlungs- und damit zukunftsfähig die Region ist. Noch immer ist der Kreis – zumindest aus der Vogelperspektive betrachtet – durch die Fördertürme der einst prosperierenden Zechen geprägt. Am Fuße der stillgelegten Schachanlagen haben inzwischen aber innovative Industriezweige Wurzeln geschlagen, wie das Anwenderzentrum „H2Herten“ auf dem Gelände der ehemaligen Hertener Zeche Ewald.

plätze erschließt sich die Stadt auf dem Gelände nun neue wirtschaftliche Perspektiven, unter anderem in der Erforschung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie. „Wir in Hertens verstehen den Wandel als Chance“, betonten Bürgermeister Dr. Paetzel und Stadtbaurat Volker Lindner.

Dass der Kreis Recklinghausen auch landwirtschaftlich vielfältig ist, erfuhr das Landtagspräsidium bei einem Besuch auf dem Hertener Spargelhof Schulte-Scherlebeck und im Gespräch mit Friedrich Steinmann, dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Kreisverbands. Neben Informationen zu den Möglichkeiten der Direktvermarktung stand ein Austausch zur Umsetzung des Mindestlohns auf dem Programm. Die Vertreter der regionalen Landwirtschaft äußerten die Hoffnung, dass der Bundesgesetzgeber künftig Möglichkeiten der flexibleren Arbeitszeitgestaltung für die Saisonarbeiter ermögliche. Carina Gödecke und ihre

Toetsch informierten sich die Parlamentsvertreter über die Stärken des Standorts und die Entwicklungsperspektiven.

### „Wir kommen wieder“

Die Vielfalt im Vest machte sich in Castrop-Rauxel auch im bürgerschaftlichen Engagement und im interkulturellen Miteinander bemerkbar. Das Landtagspräsidium besuchte mit Landrat Süberkrüb und Bürgermeister Johannes Beisenherz das Stadtteilbüro der „Sozialen Stadt Habinghorst“ und erfuhr, wie Bürgerinnen und Bürger überwiegend ehrenamtlich und mit großer Leidenschaft versuchen, ihren Stadtteil nach Jahren des Strukturwandels neu mit Leben zu erfüllen. Dazu trägt auch die Griechische Gemeinde bei, die das Präsidium am Ende eines langen Tages zur Begegnung im Kulturzentrum AGORA einlud.

Die Gastfreundschaft der Griechischen Gemeinde werde dem Landtagspräsidium noch lange in Erinnerung bleiben, erklärte Landtagspräsidentin Carina Gödecke zum Abschied. Und mit Blick auf die Vielfalt im Vest versprach sie: „Wir werden bestimmt wiederkommen.“

Sebastian Wuwer

Fotos: Schälte



## St. Gallen besiegt FCL beim Tschutten\*

Fünf Mal konnte der Reporter den Torjubel anstimmen während der internationalen Begegnung zwischen dem FC Landtag NRW und dem Team des Stadtparlaments von St. Gallen. In dem gut gefüllten Rund des ehrwürdigen Paul-Janes-Stadions in Düsseldorf-Flingern fielen vor allem die begeisterten Schlachtenbummlerinnen und -bummler aus der Schweiz auf, die ihre Mannschaft lautstark immer wieder mit „Hopp Schwyz“ nach vorne peitschten. Und tatsächlich erwischte das Team aus St. Gallen den besseren Start: Schnell führte es mit 2:0. Doch die Mannschaft des FCL fing sich überraschend schnell und fand zu ansehnlichen Offensivaktionen.

### Beherrzter Kampf

Kurz vor dem Pausenpfiff dann der ersehnte Anlusstreffer: Marc Sesterhenn bugsierte aus kurzer Distanz die Kugel ins gegnerische Netz. In der 2. Halbzeit wurde der FCL noch stärker und drängte vehement auf den Ausgleich. Stattdessen jedoch fing er sich einen klassischen Konter ein. Der 1:3-Rückstand aber ließ die Kämpferherzen im grün-weiß-roten Dress erst recht höher schlagen. Noch aber hielt die Abwehr von St. Gallen. Geschickt zogen sich die Schweizer zurück, bauten ihren sprichwörtlichen Riegel auf, machten so die Räume eng und konnten sich nach wie vor auf ihren Keeper verlassen. Schließlich aber war der Schweizer Riegel geknackt: Uwe Vadaxis hob in nahezu artistischer Manier die Kirsche über den Schweizer Torhüter zum Anlusstreffer ins kurze Eck. In den Schlussminuten zog der FCL ein regelrechtes Powerplay auf, der Ausgleich oder sogar der Sieg sollten her. Das aber misslang; das Team St. Gallen ließ keinen weiteren Treffer mehr zu. Die Männer in den roten Leibern nutzten ihre Einschussmöglichkeiten konsequenter und trugen so, auch durch ihr geschlossenes Auftreten, in einem Spiel auf hohem Niveau den Sieg davon.

*Hans Zinnkann*

\*) Tschutten – Schweizer Wort für Fußball spielen

## Persönlich: Georg Fortmeier (SPD)

**Georg Fortmeier**, SPD-Landtagsabgeordneter aus Bielefeld und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, ist Ostwestfale nicht nur von Geburt, sondern auch aus Überzeugung. Geboren und aufgewachsen ist er in Schloss Neuhaus bei Paderborn, studiert hat er an der damals noch ganz jungen Uni in Bielefeld, und seit Jahrzehnten lebt er in Dornberg, einem Vorort der ostwestfälischen Metropole. Der im Juni 60 Jahre alt werdende Jurist verkörpert geradezu die Eigenschaften, die er selbst seinen Landsleuten zuschreibt. Eher zurückhaltend seien die Ostwestfalen, dabei gingen sie dann sehr sorgfältig an die Probleme ran. Erfolge würden nicht gleich an die große Glocke gehängt. Dies, und diesen kleinen Seitenhieb mag er sich nicht verkneifen, unterscheidet sie von den Rheinländern.



### Kommunalpolitisch engagiert

Politisch interessiert war Fortmeier schon, als er noch im eher konservativ-katholisch geprägten Elternhaus im Hochstift Paderborn lebte. Nach dem Tode seiner ersten Frau startete er neu, schrieb sich in Bielefeld bei den Juristen ein, und als 1982 CDU, CSU und FDP den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum stürzten, wurde aus der Sympathie für die SPD konkretes Engagement und Mitgliedschaft. Spät habe er in der Partei angefangen, dann aber auch richtig, sagt Fortmeier von sich. Nach drei Jahren war er bereits Vorsitzender seines heimatlichen Ortsvereins, dann wurde er in die Bezirksvertretung gewählt. 1999 ging er in den Rat der Stadt, zehn Jahre später übernahm er hier den Fraktionsvorsitz, den er auch heute noch innehat. Ab 1990 leitete er das Wahlkreisbüro der damaligen Bielefelder SPD-Bundestagsabgeordneten, erst Günter Rixe, dann Rainer Wendt, bis er 2010 selbst erfolgreich für den Landtag im Wahlkreis Bielefeld/Gütersloh kandidierte. Die kommunalpolitische Arbeit ist, das hat er seitdem festgestellt, deutlich zeitaufwendiger als die Tätigkeit in Düsseldorf. Weil die Kommunen in hohem Maße vom Land abhängig sind, die meisten Gesetze des Landes vor allem in und von den Kommunen umgesetzt werden, hält er das gleichzeitige Engagement in Landes- und Kommunalparlament trotz der hohen zeitlichen Belastung für ausgesprochen sinnvoll.

Als Vorsitzender eines großen Ausschusses, in dem die Interessen der Düsseldorfer Regierungsparteien SPD und GRÜNE nicht immer

von vornherein deckungsgleich sind, sieht sich Fortmeier nicht in der vordersten Konfliktlinie. Er versucht, den Diskussionsprozess in dem Gremium zu moderieren. Bei aller Neutralität, zu der ihn der Vorsitz verpflichtet, achtet er als Sozialdemokrat darauf, dass Versuche der Opposition, einen Keil zwischen die Koalitionspartner zu treiben, nicht von Erfolg gekrönt werden. Dass das nicht immer einfach ist, kann man an der Diskussion über die Verteuerung von Stromerzeugung aus Braunkohle sehen, die SPD-Chef und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel angestoßen hat. Fortmeier macht aus seinen Bedenken kein Hehl. NRW sei Industrieland und wolle das bleiben. Damit ist es auf eine zuverlässige Energieversorgung angewiesen, auch an den Tagen, an denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das Ziel, in der Energieerzeugung ohne die Klima belastenden fossilen Brennstoffe auszukommen, hält er für erstrebenswert. Doch mindestens genauso wichtig sei die Aufgabe, Industrie, Wirtschaft und Haushalte jederzeit sicher mit Strom zu versorgen.

Bei so viel politischem Engagement bleibt für Hobbys nur wenig Zeit. Er lese zwar gerne, sagt Fortmeier, seit Monaten aber fast ausschließlich Vorlagen aus dem Rathaus oder aus der Landesregierung. Entspannung findet Fortmeier bei gemeinsamen Theater- und Konzertbesuchen mit seiner Frau, bei der Arbeit im Garten und beim Sport. Nachdem er als junger Mann zu den talentierten deutschen Leistungsschwimmern zählte, belässt er es heute bei der Sportbeobachtung im Fernsehen, mit den Schwerpunkten Fußball, Handball und seiner alten Leidenschaft, dem Schwimmen.

*Peter Jansen*

## Kurz notiert

### 70 Jahre Weltkriegsende

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 haben Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Eckhard Uhlenberg im niederländischen Venray an einer Gedenkveranstaltung teilgenommen. In einer Rede würdigte Gödecke die Aussöhnung mit dem Nachbarn: „Die deutsch-niederländische Freundschaft kann gar nicht hoch genug bewertet werden.“

### Biografie über Christine Teusch

Als erste Ministerin ging Christine Teusch (1888-1968) in die Geschichte der Bundesrepublik ein. Eine Biografie erzählt nun über das bewegte Leben der Zentrums- und späteren CDU-Politikerin, die von 1947 bis 1954 nordrhein-westfälische Kultusministerin war und die bereits ab 1919 der Weimarer Nationalversammlung und bis 1933 dem Reichstag angehört hatte. Das Buch von Dr. Kathrin Zehender wurde nun im Landtag vorgestellt. Vizepräsident Eckhard Uhlenberg sagte, der Name von Teusch sei bis heute mit dem Wiederaufbau des Bildungswesens in NRW und ihrem Einsatz für ein konfessionell geprägtes Schulsystem verbunden.

Kathrin Zehender: „Christine Teusch. Eine politische Biografie“, Droste-Verlag, 59 Euro.

### Gestorben

14.4. **Bruno Krupp** (SPD) MdL 1966-1975

### Treffen & Termine

27.5. Preisverleihung französischer Internet-Wettbewerb „Einst Feind, jetzt Freund“

30.5.–12.6. Ausstellung Givat Haviva

1.6. Israelprojekttag

8.–26.6. Ausstellung Integrationserfolge

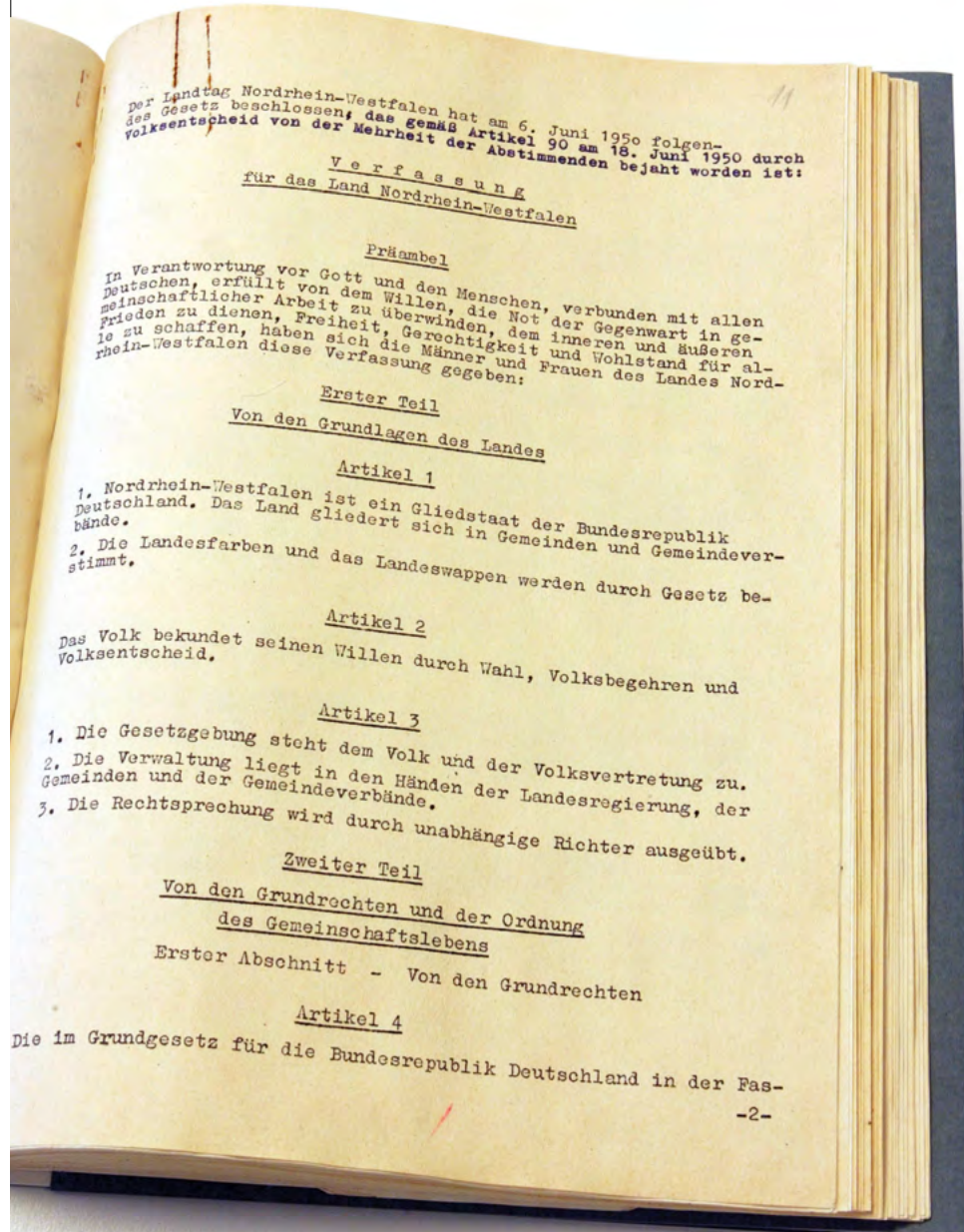
8.6. Einbürgerungsfeier

9.6. Gemeinsame Veranstaltung der Präsidentin mit dem Verfassungsgerichtshof

11.6. – 13.6. 7. Jugend-Landtag

### Landtagsandacht

Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, hatten am 30. April 2015 vor Beginn der Plenarsitzung zur Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.



## Herzlichen Glückwunsch, Verfassung!

Am 18. Juni 2015 wird die NRW-Verfassung 65 Jahre alt. Sie war 1950 in einem Volksentscheid angenommen worden. Die Verfassungskommission überprüft derzeit den dritten Teil, um dem Parlament Änderungen vorzuschlagen. Ein Thema: Soll NRW auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, vor dem Verfassungsgerichtshof Beschwerde einzulegen? Zu dieser Frage findet Anfang Juni auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Dr. Ricarda Brandts, ein Symposium statt.

Foto: Schälte